

Tod für unser Fenster zur Welt

Gewerkschafter Rafael Raudes Torres über die Proteste in Costa Rica gegen die drohende Schließung des Hafens Puerto Limón durch die Regierung



Rafael Raudes Torres ist stellvertretender Generalsekretär der costaricanischen Hafenarbeitergewerkschaft (SINTRAJAP). SINTRAJAP ist offiziell Partnerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mexiko/Mittelamerika. Über die gewerkschaftlichen Kämpfe gegen die Privatisierung der Häfen in Costa Rica sprach mit Rafael Raudes **Stefanie Kron**.

Foto: privat



KOMMENTAR

Planet der Slums

Martin Ling über Chancen und Risiken der Urbanisierung

Keiner will es, eine Milliarde Menschen müssen es: Überleben in einem städtischen Slum, ohne Anschluss an Wasser und Strom, in behelfsmäßigen Unterkünften mit Platznot, ohne formelles Mietverhältnis und jederzeit von Räumung bedroht. Das Recht auf Wohnen wird vielerorts mit Füßen getreten, insbesondere im Globalen Süden. In Afrika wohnt jeder zweite Stadtbewohner in einem Slum, in Asien jeder Dritte und in Lateinamerika jeder Vierte. Mehr Menschen denn je leben 2015 in Elendsvierteln und das obwohl 200 Millionen Menschen seit dem Jahr 2000 dieser prekären Wohnform, die sie sich nicht ausgesucht haben, entronnen sind.

Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen: Immer mehr Menschen leben in Städten – erst 2007 kippte die Bevölkerungswaagschale global vom Land in die Stadt, nun beträgt der Grad der Urbanisierung weltweit bereits 54 Prozent.

Was man schwerlich ändern kann, sollte wenigstens durch die Politik in geordnete Bahnen gelenkt werden. Das zumindest ist der Ansatz von UN-Habitat, dem UN-Siedlungsprogramm, das sich theoretisch und mit Pilotprojekten der Herausforderung Urbanisierung stellt. Mit globalem Mandat und überschaubarem Budget: Mehr als 500 Millionen US-Dollar in zwei Jahren gibt es nicht. Weil der reiche Norden knausert und das Problem dem Globalen Süden überlässt.

Dabei bietet die Urbanisierung auch Chancen: Auf gerade mal zwei Prozent der Fläche werden dort 70 Prozent der Wirtschaftsleistung produziert. Das in einer ökologisch und sozial verträglichen Form zu bewerkstelligen, ist ein lohnenswertes Ziel. Alles andere führt auf einem begrenzten Planeten zu neuen Konflikten. An Konflikten mangelt es schon jetzt nicht – im Gegensatz zu adäquatem Wohnraum.

Herr Torres, Sie vertreten die Hafenarbeitergewerkschaft (SINTRAJAP), die sich seit fast zehn Jahren gegen die Privatisierung des internationalen Hafens von Puerto Limón an Costa Ricas Karibikküste zur Wehr setzt. Was ist die besondere Bedeutung dieses Hafens für Costa Rica und die Region?

Costa Rica exportiert sehr viel landwirtschaftliche Produkte: Orangen, Kaffee, Ananas, Bananen. Über 80 Prozent dieser Ausfuhren laufen über den Hafen von Puerto Limón. Dasselbe gilt für die Einfuhren. Puerto Limón ist unser Fenster zur Welt! In Lateinamerika gehört Puerto Limón zu den zehn Häfen mit den besten Tarifen, sowohl für den Passagier- wie auch für den Containerverkehr. Wir wickeln täglich mehr als 1000 Großcontainer ab. Deshalb importieren und exportieren auch einige unserer Nachbarländer wie Nicaragua über Puerto Limón.

Weshalb hätte eine Privatisierung für die Hafenarbeiter Nachteile?

Es würde ja das staatliche Unternehmen JAPDEVA, das den Hafen betreibt, privatisiert. JAPDEVA ist aber nicht nur zuständig für den Betrieb des Hafens, sondern auch für die sozio-ökonomische Entwicklung der Karibikregion Costa Ricas. Das bedeutet, dass JAPDEVA wie alle anderen staatlichen Unternehmen in Costa Rica 15 Prozent der Einnahmen aus dem Hafenbetrieb in die kommunale Entwicklung der Karibikküste investieren und dabei die Vertreter der Gemeinden einbeziehen muss. Kein privates Unternehmen würde diese Bedingungen erfüllen, und kein privates Unternehmen würde uns zu den gleichen Bedingungen anstellen, zu denen wir momentan noch arbeiten.

Ist die Privatisierung nicht ein Verstoß gegen die Verfassung?

Ja. Deswegen kündigte man 2005 die Verpachtung aller Häfen an. Das ist eine Hilfskonstruktion, weil staatliche Unternehmen und öffentliche Infrastruktur per Verfassung nicht privatisiert werden dürfen, aber das Ergebnis ist das gleiche. Wir von SINTRAJAP haben damals gesagt, dass wir nicht mit der Privatisierung von JAPDEVA einverstanden sind, dass

wir die Arbeiter aufklären und zu Protesten mobilisieren würden.

Wie reagierte die costaricanische Regierung auf ihre Proteste?

Sie startete eine Kampagne der Diffamierung und Repression gegen uns. Es hieß, wir seien gegen Fortschritt und Entwicklung. Wir haben dann gesagt, dass gerne neue Häfen in privater Hand gebaut werden könnten, diese aber zu den gleichen Konditionen arbeiten müssen wie ein Hafen in öffentlicher Hand. Mit anderen Worten: Sie sollen die geltenden costaricanischen Arbeitsrechte einhalten, gewerkschaftliche Organisation erlauben, mit einem Teil der Einnahmen regionale und kommunale Entwicklung fördern etc. Unsere Forderungen beinhalteten auch, dass die

Reedereien sich nach Abwägung der besten Konditionen entscheiden können, ob sie den öffentlichen oder einen privaten Hafen anfahren.

Wie reagierte die Regierung?

Darauf ließ sich die Regierung nicht ein. Zwar ist das Thema der Privatisierung von Puerto Limón vom Tisch, aber die Regierung begann den Bau eines neuen Hafens weniger als zwei Kilometer entfernt von Puerto Limón. Die Konzession für den neuen Hafen ist an das dänische Unternehmen APM vergeben worden. Die Regierung hat APM nicht nur eine Monopolstellung für die Containerschiffahrt zugesichert und die Steuern erlassen, sondern auch damit begonnen, eine vierspurige Straße zum geplanten neuen Hafen zu bauen, quasi als Geschenk. Die Monopolstellung bedeutet, dass die Reedereien, die Containerschiffahrt betreiben, diesen neuen Hafen anfahren müssen.

Ein zweiter Hafen in der Nähe klingt weder ökonomisch effizient noch ökologisch unbedenklich. Gibt es eine Begutachtung?

Neben verschiedenen Protestaktionen wie Streiks und juristischen Verfahren wegen Verfassungswidrigkeit haben wir auch gefordert, dass ein unabhängiges Umweltgutachten erstellt wird. Die Regierung – inzwischen ist es eine sozialdemokratische – hat 2014 dann stattdessen aber das Umweltgutachten von APM ange-

nommen, das dem Bau eines neuen Hafens Unbedenklichkeit bezüglich der Folgen für die Umwelt bescheinigt. Es gibt dort aber ein seltenes Feuchtgebiet und eine offizielle Schutzzone für die dort lebenden Tiere. Seit ein paar Wochen haben die ersten Arbeiten für den neuen Hafen begonnen, man hat schon die Kokosbäume entlang des Küstenabschnitts gefällt.

Wie geht es weiter für die Arbeiter von Puerto Limón?

Kurz gesagt: Wenn der neue Hafen in Betrieb genommen wird, ist Puerto Limón tot, weil hier nur noch Passagierschiffe herkommen würden. Damit wäre auch die Gewerkschaft zerschlagen. Wir haben aber noch lange nicht aufgegeben.

Das heißt?

Vor zwei Jahren haben wir wegen der drohenden Privatisierungen SINTRAJAP von einer Unternehmensgewerkschaft zu einer Industriegewerkschaft umgewandelt. Mit der Umwandlung zur Industriegewerkschaft war es uns möglich, auch Hafenarbeiter, die nicht oder nicht direkt bei JAPDEVA beschäftigt sind, für SINTRAJAP zu gewinnen. Hierzu gehören auch viele prekär Beschäftigte. Inzwischen haben wir fast 2000 direkte Mitglieder und weitere 10 000, die wir gegebenenfalls mobilisieren können. Unsere Schlagkraft wächst.



Kreuzfahrt-Schiffe in Puerto Limón, aber das Geld verdient der Hafen vor allem mit Container-Umschlag.

Foto: imago/de Freitas

Wohnen im Slum ist Normalität

Zahl der Elendssiedlungen in Afrika nimmt weiter zu

Von Jeffrey Moyo, Harare

Jedes Mal, wenn Nompumelelo Tshabalala über die Schwelle ihrer Wellblechbehausung im Township Diepkloof in der süd-afrikanischen Metropole Johannesburg tritt, muss sie den Kopf einziehen, um sich nicht am Tür Rahmen zu stoßen. »Seit 16 Jahren lebe ich hier«, berichtet die Witwe, die mit ihren vier Kindern auf engstem Raum zusammenlebt.

Das Wort »Township« ist ein beschönigender Ausdruck für »Slum«. In Südafrika leben nach Angaben des UN-Programms für menschliches Siedlungswesen (UN-Habitat) 15 Millionen der 52 Millionen Einwohner zählenden Bevölkerung in Armensiedlungen. Im benachbarten Simbabwe sind es 835 000 Menschen, wie »Homeless International«, eine auf städtische Armut fokussierte Hilfsorganisation, berichtet.

»Hier in Afrika ist das Wohnen in Slums eine Normalität, mit der man leben muss«, meint Gilbert Nyaningwe, Entwicklungsexperte aus Simbabwe. Die sich spreizenden Schere zwischen Arm und Reich sorgt dafür, dass sich daran auch nichts ändern werde.

Laut UN-Habitat leben 570 Millionen der 1,1 Milliarden Afrikaner in Slums, darunter 61,7 Prozent der städtischen Bevölkerung. Weltweit gibt es 863 Millionen Slumbewohner. Aufgrund der Verstärkung wird die Zahl weiter steigen. Bis 2020 wird mit 889 Millionen gerechnet.

Eines der Millenniumsentwicklungsziele ist, das Leben von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern bis 2020 signifikant zu verbessern. In Libyen, Marokko und Ägypten konnte es bereits erreicht werden. In den drei Ländern konnte die Gesamtzahl der städtischen Slumbewohner fast halbiert, in einem weiteren Land, in Tunesien, sogar auf null zu rückgefahren werden. In Ghana, Senegal und Uganda verringerte sich die Zahl der Slumbewohner um bis zu 20 Prozent.

Die geringsten Erfolge sind dem subsaharischen Afrika beschieden. Neben der zu hohen Bevölkerungsdichte leiden die Menschen unter den Folgen des eingeschränkten oder gar nicht vorhandenen Zugangs zu Wasser und Sanitärversorgung. Der Trend der Verslummung könne nur durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen in Städten und Dörfern aufgehoben werden. Jobs in den ländlichen Gebieten seien doppelt wichtig, um die Landflucht und somit den Zuzug von ländlichen Armen in die städtischen Slums zu verhindern, sagt Precious Shumba, Leiter des Harare Residents Trust in Simbabwe. *IPS/nd*

ACTION

Mexiko – »Flucht nach Mexiko. Deutsche im Exil«. Ein Dokumentarfilm von Gerlinde Böhm, D 1994, 90 min. 4. Juni, 19.30 bis 23 Uhr, im Rahmen der Fotoausstellung »Grenzerfahrungen«, Galerie Olga Benario, Richardstraße 104, 12043 Berlin. Eintritt frei.

Brasilien – »Cidadão Boilesen ... und wie die deutschen Konzerne mit der Diktatur kooperierten«, Dokumentarfilm (BRA 2009, OmU, 92 min.), anschließend an den Film über den glühenden Antikommunisten Boilesen, der eine bedeutende Wirtschaftsgruppe in São Paulo führte, diskutieren mit Ihnen Dr. Luiz Ramalho und Christian Russau von der Initiative Nunc-a-Mais – Nie Wieder »die deutschen Verwicklungen in die zivil-militärische Diktatur in Brasilien«. 4. Juni, 19 Uhr, Lateinamerika-Forum Berlin – Foro de las Américas, Bismarckstr. 101, 10625 Berlin, 5. Etage, Eintritt frei.

Die Wayúu zählen nicht

Der Film »La Buena Vida – das gute Leben« schildert den Kampf eines Dorfes in Kolumbien gegen den Kohlebergbau

Was das indigene Volk der Wayúu unter gutem Leben versteht, hat mit Raubbau an der Natur nichts zu tun. Der Film »La Buena Vida« dokumentiert ihren Konflikt mit dem Bergbaukonzern Cerrejón.

Von Caroline M. Buck

Während in Deutschland Kohlezechen schließen, wird andernorts der Abbau kräftig ausgeweitet – irgendwo muss er ja schließlich herkommen, der Brennstoff für die Kohlekraftwerke, die auch in Deutschland weiter für Elektrizität und Wärme sorgen. Den Preis für die gesicherte Stromversorgung in Berlin, Hamburg und München zahlen nun andere.

In Kolumbien, wo ein Konsortium um das Schweizer Unternehmen Glencore nahe der venezolanischen Grenze die mit 700 Quadratkilometern größte Kohlegrube der Welt be-

treibt, trifft es die üblichen Verdächtigen: den Primärwald und die indigenen Dorfgemeinschaften, die darin leben.

Die Umsiedlung der Bevölkerung wurde teils auf so offen rechtswidrige Weise vorgenommen, dass das dabei praktizierte Zusammenspiel von Konzernen und kolumbianischer Armee international zu Protesten führte. Mittlerweile sucht man sich friedlich zu einigen und lässt die Dörfler die »Freiwilligkeit« ihrer Zwangsumsiedlung beurkunden. Die Wayúu-Gemeinde im Walddorf Tamaquito will das nicht mit sich machen lassen. Unter ihrem Vorsteher Jairo Fuentes setzt sie sich zur Wehr, pocht auf feste Zusagen, nicht nur schöne Worte. Denn dass dem Konzern nicht zu trauen ist, der hochwertige Neubauten und reichlich Wasser für Ackerbau und Viehzucht verspricht, dazu Strom aus der Steckdose und was der Versuchungen ei-

nes (von den Wayúu gar nicht angestrebten) modernen Lebens mehr sind, lernten die Dörfler aus den Erzählungen derer, die vor ihnen gingen.

Mit einem guten Leben hat die permanente Drangsalierung durch den Konzern ohnehin nur noch wenig zu tun. Das gute Leben, »La buena vida«, das hatte eigentlich schon ein Ende, als der fortschreitende Kohletagebau die Landschaft rund um Tamaquito zu zerstören begann und umweltbedingte Erkrankungen zunahm. Aber noch lässt sich von Fluss und Wäldern leben – jedenfalls so lange, bis der Konzern angekündigte Pläne wahr macht und den Fluss umleitet. Am geplanten Siedlungsort Neu-Tamaquito aber pfeift der Wind, es ist heiß, staubig und trocken, das Wasser wegen hoher Mineralkonzentration für Menschen, Tier und Pflanzen ungenießbar und die Dörfler laufend in Gefahr, zwischen die Fronten von Ar-

mee, FARC-Guerilla und Schmugglerbanden zu geraten.

Aber wo mit Rohstoffen Geld zu machen ist und nur Wachstum um jeden Preis zählt, da können die Einheimischen noch so viel richtig machen, können die Nerven bewahren, selbstbewusst verhandeln und sich vor Konzern, Armee und Guerilla gleichermaßen hüten. Am Ende werden sie trotzdem den kürzeren ziehen, schon weil Bulldozer, Bagger und die drohende Wasserknappheit dem Jagd und Fischen ein Ende bereiten. Der Konzern aber lässt die Wayúu sitzen, kaum dass sie die Umsiedlungserklärung unterschrieben haben, und vom zuständigen Ministerium ist schon deshalb keine Hilfe zu erwarten, weil Kohle für Kolumbien eine wichtige Einnahmequelle ist.

Dokumentarfilmer Jens Schanze hatte bereits zwei Filme über den deutschen Braunkohletagebau und

seine Umsiedlungen gedreht, bevor er über eine Schweizer Nichtregierungsorganisation auf das Exportland Kolumbien stieß. Was er dort filmte, ist ein Skandal, der hierzulande Folgen haben sollte. Wie er es filmte, hat formal die selbe Unaufgeregtheit und Selbstverständlichkeit wie das Leben der Wayúu in den guten Zeiten, bevor sich in ihren Wäldern Kohle fand. »La buena vida« kommt mit wenig Musik aus und ganz ohne Kommentar, es sind allein Situation und Menschen, die hier wirken. Das gute Leben jedenfalls, das haben jetzt andere: ein Drittel der Produktion der Grube von El Cerrejón geht nach Deutschland. Auf Kosten der Wayúu.

»La buena vida – das gute Leben« feierte seine Deutschland-Premiere auf dem DOK.fest München und läuft seit Mai im Kino.